

Folge 28 „Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung“

Thema: Die Zukunft Europas

[Musik]

[Sven Siebert, Moderator] Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen — dem Podcast der Bundesregierung“. Ich bin Sven Siebert. Ich bin Gastgeber dieses Podcasts und heute geht's um Europa, um die Zukunft Europas und um das, was die Bürgerinnen und Bürger von der EU erwarten. Dazu habe ich Michael Roth zu Gast, Staatsminister im Auswärtigen Amt. Michael Roth ist Politologe, seit über 30 Jahren in der SPD, seit 23 Jahren Bundestagsabgeordneter und schon seit 2013 Staatsminister für Europa beim Bundesminister des Auswärtigen. Guten Tag, Herr Staatsminister.

[Michael Roth, Gast] Ich grüße Sie. Hallo.

[Siebert] Herr Roth, wir unterhalten uns anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas. Sie hat im Mai begonnen und soll zwei Jahre dauern. Vielleicht klären wir mal kurz, wer daran eigentlich teilnimmt und was Sie und Ihre europäischen Partner sich dabei gedacht haben.

[Roth] Die Konferenz ist eine Einladung an die Bürgerinnen und Bürger. Wir Politikerinnen und Politiker sollen das tun, was wir nicht immer so gerne tun, nämlich mal zuhören. Was bewegt die Menschen? Wo wollen sie ein stärkeres Europa? Wo haben sie vielleicht auch den Eindruck, dass sich Europa zu stark einmischt. Auch vor dem Hintergrund der vielen Krisen, die hinter uns liegen und mit denen wir es auch derzeit noch zu tun haben: Was lernen wir eigentlich daraus? Aber natürlich geht es nicht nur um Bürgerinnen und Bürger und eine Einladung, sondern das hat natürlich auch ganz viel mit denjenigen zu tun, die für die Politik verantwortlich sind. Die Konferenz — und das hat sehr lange gedauert, um sich darauf zu verständigen — [...] selbst setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten, der Kommission, des Europäischen Parlamentes, der nationalen Regierungen, der nationalen Parlamente und natürlich dann auch aus Vertreterinnen und Vertretern der Bevölkerung. Wir haben viel Zeit hinter uns liegen, die wir leider nicht so nutzen konnten, wie wir das eigentlich vorhatten. Das hat ganz viel mit Corona zu tun. Eigentlich sollte es schon im Mai vergangenen Jahres in Dubrovnik — damals hatten die Kroaten die Ratspräsidentschaft der EU inne — losgehen. Wir Deutschen haben uns das auch fest vorgenommen und es sollte dann Ende des Jahres losgehen, das haben wir dann auch wieder nicht geschafft. Und jetzt endlich — unter der portugiesischen Präsidentschaft — ist es losgegangen, in Straßburg, mit einer Auftaktveranstaltung dieser Konferenz. Aber auch diejenigen, die nicht zur Konferenz gehören — das sind ja Millionen von Menschen —, die haben natürlich die Möglichkeit sich auch daran zu beteiligen. Denn wir wollen jetzt ganz viele Veranstaltungen organisieren — online, digital selbstverständlich, aber auch physisch, in Abhängigkeit [von] der Pandemieentwicklung —, wo wir dann mal richtig diskutieren wollen. Ohne Limits.

[Siebert] Europa ist ja immerzu gleich ganz nah, weil es uns umgibt und unser Heimatkontinent ist und auch unheimlich fern, weil viele Bürgerinnen und Bürger die europäischen Institutionen irgendwie als etwas Abgehobenes in Brüssel oder Straßburg empfinden. Teilen Sie den Eindruck?

[Roth] Nein, den teile ich nicht. Wenn man beispielsweise in Aachen lebt, ist Brüssel viel näher als Berlin. Wenn man in Freiburg lebt, ist Straßburg, wo das Europäische Parlament seinen Sitz hat, viel näher als Berlin. Aber natürlich muss man sehr ernst nehmen, dass Bürgerinnen und Bürger

bisweilen den Eindruck haben, dass das, was da in der EU alles diskutiert und beraten wird, sehr weit weg zu sein scheint. Das ist aber weniger eine geografische Frage, das ist eher eine Frage des Vertrauens. Das heißt: Den Institutionen der Europäischen Union wird leider noch zu wenig Vertrauen entgegengebracht. Denn wenn wir über Kompliziertheit und von Komplexität von Politik sprechen, [...] ist die Bundespolitik und das Verhältnis zwischen deutschen Ländern und Bund mindestens genauso kompliziert wie das Verhältnis der Institutionen der Europäischen Union untereinander und zu den Bürgerinnen und Bürgern.

[Siebert] Und kann da eine Online-Konferenz helfen? Nehmen daran nicht wieder nur die teil, die ohnehin überzeugte Europäer sind? Wer die EU doof findet, der meldet sich doch wahrscheinlich nicht zur Konferenz an, oder?

[Roth] Also, erst einmal haben wir alle — glaube ich — keine große Lust mehr auf Online-Formate. Wir wollen uns endlich wieder treffen, weil wir ja auch unsere wiedergewonnene Freiheit genießen wollen. Dafür habe ich großes Verständnis. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, in den vergangenen Jahren und insbesondere auch während der Pandemie, dass Online-Formate durchaus vielen Menschen die Möglichkeit geben, sich zu beteiligen. Nämlich, all denjenigen Bürgerinnen und Bürgern eine Chance zu öffnen, die zu den üblichen Treffen irgendwo in der Stadthalle oder in irgendeinem Wissenschaftszentrum nicht kommen. Also, ich habe Veranstaltungen erlebt, da haben durchaus 600 Menschen teilgenommen und Fragen gestellt, sich engagiert. Aber, ich glaube, wir brauchen einen Mix. Wir brauchen einen guten Mix aus Veranstaltungen in der Fläche, eben nicht nur in den großen Städten, sondern überall da, wo Menschen leben. Das können auch mal kleinere Orte sein. Aber wir sollten auch auf die Online-Angebote zugreifen. Im Übrigen hat die Europäische Kommission eine Online-Plattform freigeschaltet, schon seit April. Dort haben bislang 18.000, knapp 19.000 Menschen teilgenommen, haben schon über 5.000 Ideen und Vorschläge und Kritikpunkte formuliert. Das zeigt also: Es gibt schon ein gewisses Interesse. Das kann durchaus noch größer werden. Denn vergessen wir nicht: In der EU leben 450 Millionen Menschen. Aber der Mix ist gut und ich würde mich natürlich auch freuen, wenn wir möglichst kreative Formate, innovative Formate entwickeln, damit — da bin ich nämlich ganz bei Ihnen — nicht nur die üblichen Verdächtigen sich an solchen Debatten beteiligen. Also: Es ist schön, dass die Europa-Union und die jungen europäischen Föderalistinnen und Föderalisten und viele andere pro-europäische Organisationen, auch die Europäische Bewegung Deutschland beispielsweise an Bord sind, viele Think-Tanks, viele Verbände, viele Stiftungen. Aber wir wollen auch diejenigen, die vielleicht etwas skeptischer sind, die noch nicht so richtig überzeugt sind, gewinnen. Deswegen haben wir auch eine Zufallsauswahl getroffen. Wir wollen wirklich die Formate so weiterentwickeln, dass wir auch diejenigen ansprechen, die noch nicht zu den überzeugtesten Europäerinnen und Europäern gehören.

[Siebert] Kann man jetzt schon sagen – nach diesen ersten Wochen, nach diesen ersten Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer –, was die am meisten beschäftigt? Was für die die großen Zukunftsfragen sind? Und sind das andere als die, über die die Politiker immer reden?

[Roth] Ich habe den Eindruck, es sind exakt die Themen, mit denen wir uns derzeit auch herumschlagen. Das ist die Frage: Wie können wir das Klima besser schützen? Welche Lehren ziehen wir aus der Pandemie? Wie müssen wir [uns] eigentlich [...] verändern, damit wir die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger noch besser schützen können? Es geht um die Rolle Europas in der Welt. Es geht natürlich auch um die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, [um]faire[n] Handel. Wie können wir Jobs in einer sich dramatisch ändernden Welt versichern? Und es geht

natürlich um die große, große Frage, wie wir die [Werte der] Europäische[n] Union — die ja nicht in erster Linie ein Binnenmarkt oder eine Währungsgemeinschaft ist, sondern vor allem eine Wertegemeinschaft —verteidigen, stärken und sie vor allem auch glaubhaft vertreten [können]. Im Inneren, aber auch im Äußeren, auf einer internationalen Bühne, die schwer erschüttert ist durch einen Zuwachs an Nationalismus und Populismus.

[Siebert] Sie nannten ja gerade schon das Stichwort Pandemie. Europa ist seit anderthalb Jahren ein Corona-Europa. Vor allem zu Beginn haben sich die Mitgliedstaaten gegeneinander abgeschottet, jeder hat seine eigene Pandemie-Politik gemacht. Aber auch jetzt reagieren wir bei der Bedrohung durch eine Delta-Welle mit Reisebeschränkungen. Findet Europa da keine gemeinsame Antwort?

[Roth] Am Anfang hatten wir keine Blaupause und keinen Masterplan in der Schublade liegen. Das war eine Pandemie, wie wir so in der jüngsten Geschichte nicht erlebt haben und da haben erstmal alle auf die Instrumente gesetzt, die sie so kurzfristig nutzen konnten und das waren natürlich vor allem auch nationale Instrumente. Wie schwierig das mit der Koordination ist, erleben wir im Übrigen vor allem in Deutschland, wo auch der Bund wenige Kompetenzen hat, auch nicht die Bundeskanzlerin, [wo] die Bundesregierung und wir uns bisweilen auch mit den deutschen Ländern herumzustreiten haben, über den richtigen Weg: Wie können wir die Bürgerinnen und Bürger am besten schützen und wie können wir auch die Freiheitsrechte der Bevölkerung garantieren? Und ein bisschen so ist es auch auf der EU-Ebene. Es war völlig richtig, dass wir die Beschaffung von Impfstoffen — denn das ist die nachhaltigste Lösung im Kampf gegen die Pandemie — europäisiert haben. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir auch spätestens zum 1. Juli ein digitales Zertifikat haben, [das] etwas darüber aussagt, ob man schon vollständig geimpft ist, wann man getestet wurde, wenn es noch nötig ist, oder ob man bereits von einer Corona-Erkrankung genesen ist. Aber — das haben Sie angesprochen, damit bin ich auch nicht zufrieden — es gibt nach wie vor in der Europäischen Union unterschiedliche Instrumente, die man anwendet, um Bevölkerungen zu schützen. Es gibt auch unterschiedliche Kriterien, die angelegt werden. Wir haben uns ja [zum Beispiel stark] auf die Inzidenzwerte konzentriert. Das ist in anderen Ländern ganz anders. Und Sie werden sich auch erinnern: In Spanien beispielsweise und in Frankreich und Italien waren die Maßnahmen in der ersten Welle ganz dramatisch und weitreichend. Menschen durften teilweise wochenlang, monatelang nur in Ausnahmefällen ihre Wohnung verlassen. Das hat es so in Deutschland eigentlich kaum bis gar nicht gegeben. Dann war der große Streit: Wie geht es eigentlich in den Schulen weiter? Viele Länder haben Schulen nicht geschlossen. Wir in Deutschland wiederum haben Schulen über einen längeren Zeitraum, genauso wie Kitas, dichtgemacht. Es geht ja nicht darum, alle Maßnahmen gleichzumachen, aber wir hätten sie zumindest besser synchronisieren können, um dann auch den Flickenteppich zu verhindern. Ich habe jedenfalls großes Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger, die jetzt auch wieder das Leben wollen, wofür Europa steht, nämlich Grenzenlosigkeit, Mobilität, sowohl was Arbeit, [als] auch was das Privatleben anbelangt. Und Urlaub ist ein unverzichtbarer Teil unseres eigenen Lebens.

[Siebert] Würden Sie sagen, Corona hat zur Renationalisierung beigetragen? Oder einen Trend zur Renationalisierung in Europa verstärkt?

[Roth] Nein. Am Ende des Tages haben wir — wie bei fast allen anderen Krisen zuvor — mehr „Europa“ gewagt. Wer hätte sich das noch vor Jahren vorstellen können, dass wir mal ein Aufbauprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro auf den Weg bringen, um den Regionen, um den Menschen, um den Branchen zu helfen, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind,

damit wir gemeinsam, gestärkt, solidarisch aus dieser Krise herauskommen. Das ist Solidarität, das ist gelebte Solidarität. Und das ist ein Quantensprung, weil wir natürlich auch ganz neue Instrumente genutzt haben, die im Übrigen auch in der Politik sehr kontrovers zwischen den Parteien diskutiert worden sind. Beispielsweise soll und darf die Europäische Union eigene Steuern und Abgaben erheben, um diesen Riesenbatzen Geld auch zu finanzieren, den man sich auf den Kreditmärkten geholt hat. Was heißt das eigentlich für die Zukunft der Europäischen Union? Ist das schon der Einstieg in eine sogenannte Fiskalunion, wo wir noch stärker unsere Steuerpolitik und unsere Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen, damit wir die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in der Europäischen Union abmildern? Da ist sehr, sehr viel mit verbunden. Und es hat sich natürlich auch gezeigt: Das Virus hat keinen Reisepass und das Virus schert sich nicht um nationale Grenzen. Aber, ja, manche erwecken den Eindruck, dass mit einer Politik der Abschottung und der Abgrenzung – „jeder macht erstmal seins“ – diese Krise zu bewältigen ist. Aber sie ist ja nicht nur eine europäische Krise. Sie ist ja eine globale Krise. Und da bin ich dann auch bei der internationalen Solidarität: Wir können nämlich nur dann unsere Bürgerinnen und Bürger schützen, wenn wir dazu beitragen, dass auch in anderen Regionen der Welt, wo derzeit die Pandemie wütet, Menschen geimpft werden.

[Siebert] Europa galt immer — bei allem Streit um Einzelfragen — als Wertegemeinschaft. Gilt das noch? Wir erleben den Konflikt um das Anti-LGBTQ-Gesetz in Ungarn zum Beispiel oder um Rechtsstaatsfragen in Polen, um die Unabhängigkeit der Justiz dort und in anderen, vor allem östlichen EU-Mitgliedsstaaten. Funktioniert das noch mit der Wertegemeinschaft?

[Roth] Es gilt nach wie vor, weil exakt dies in den Verträgen drinsteht und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich genau dazu verpflichtet haben: Werte einzuhalten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Justiz, Medienfreiheit, Medienvielfalt, der respektvolle Umgang mit Minderheiten, seien es ethnische, kulturelle, religiöse oder auch sexuelle. Aber es funktioniert nicht mehr. Das muss man ganz offen und ganz bitter bilanzieren. Es gibt in einer Reihe von Staaten Versuche, diese Werte in Frage zu stellen. Mit der Begründung, es gäbe eigene kulturelle Gepflogenheiten, nationale Traditionen, in die sich die Europäische Union nicht einmischen dürfe. Und noch einmal: Wenn man sich für Respekt, Gleichstellung, Gleichberechtigung von sexuellen Minderheiten einsetzt, dann ist das kein westlich-orientierter Wert, der beispielsweise nur in Deutschland oder in Frankreich oder in Schweden oder in den Niederlanden Gültigkeit hat. Nein, das ist ein universeller, vor allem aber auch ein europäischer Wert, zu dem sich alle Staaten bekannt haben. Da kann man nicht einfach das umdeuten. Also, ich akzeptiere diese Argumentation nicht. Wer sich für LGBTQI — also für Schwule, Lesben, Transsexuelle, Intersexuelle, Bisexuelle — einsetzt, würde traditionelle Werte in Frage stellen. Das tun wir mitnichten. Und diesen Konflikt, den müssen wir jetzt austragen. Weil: So geht die EU kaputt. Wenn wir denn die EU wirklich als etwas verstehen, [das] weit über einen Binnenmarkt, also über ein Wirtschaftsprojekt hinausgeht.

[Siebert] Können Sie sich an eine Phase derart großer politischer Gegensätze innerhalb der EU erinnern?

[Roth] Ja. Selbstverständlich hat es immer wieder Konflikte gegeben. Immer wieder auch vor allem ums liebe Geld. Wir haben auch in der Außen- und Sicherheitspolitik natürlich Konflikte. Diese Welt ist in Unordnung geraten. Wir haben es noch nicht geschafft, mit gleicher Stimme zu sprechen gegenüber den großen globalen Akteuren, wie beispielsweise China oder auch Russland oder auch die Türkei. Aber es geht jetzt ans Eingemachte. Die Mütter und Väter des vereinten Europas vor Jahrzehnten hätten sich vermutlich nicht vorstellen können, dass wir jemals über

diese Werte, die uns ja einen sollen, die uns zusammenführen, streiten. Denn die Europäische Union steht ja für Vielfalt. Und das will ich auch überhaupt nicht in Frage stellen. Diese Vielfalt macht uns stark. Wir sind weltoffen. Aber das Ganze muss natürlich auf einer gemeinsamen Wertegrundlage stehen. Und wenn man eben die Unabhängigkeit der Justiz bedroht, wenn man Medienvielfalt einschränkt, dann ist das ein Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Und deshalb haben wir ja vor allem auch in der deutschen Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr zwei neue Instrumente entwickelt, die uns helfen sollen, [in diesen Fragen] wieder enger zusammenzurücken [...] und auch die Konflikte zu klären. Das eine ist ein Rechtsstaatscheck im Rat. Inzwischen müssen sich alle Mitgliedsstaaten regelmäßig überprüfen lassen, auf Grundlage eines ausführlichen Berichts der EU-Kommission: Was läuft gut, was läuft weniger gut? Auch Deutschland hat sich überprüfen lassen müssen, gerade in der letzten Runde dieses Rechtsstaatschecks. Und das zweite Instrument, [das] wir eingeführt haben — [das] hört sich jetzt etwas technisch an — ist der Rechtsstaatsmechanismus. Im Prinzip heißt das: Auf Vorschlag der Europäischen Kommission, die ja Hüterin der Verträge ist, kann man den Staaten, die die Rechtsstaatlichkeit bedrohen und anzweifeln und verletzen, Gelder aus Brüssel, aus der EU-Kasse entziehen.

[Siebert] Im Zweifelsfall führt das ja zu einer Vertiefung des Konflikts. Gibt es sozusagen eine Vorstellung [...] von einem positiven Weg raus aus diesem Streit, aus diesem Infragestellen der gemeinsamen Grundlagen?

[Roth] In den Ländern, über die wir jetzt auch geredet haben, beispielsweise in Polen oder auch in Ungarn, wird ja selbst gestritten — oder auch in Slowenien. Es gibt dort ja auch Bürgerinnen und Bürger, die auf die Straße gehen, die Kritik an ihrer eigenen Regierung üben. Also, bitte niemals ein Land, eine Gesellschaft [...] mit einer Regierung [gleichsetzen], die aus demokratischen Wahlen hervorgegangen ist. Das kann sich alles auch ganz, ganz schnell ändern. Aber wir müssen diese Auseinandersetzung jetzt führen und natürlich gibt es auch viele Themen, wo wir ja nach wie vor auch übereinstimmen. Also, es muss immer eine Balance gefunden werden. Einmal: die Dinge offen anzusprechen. Aber auch [...] das zu betonen, wo man nach wie vor miteinander kooperiert und wo man auch Hand in Hand zusammenarbeitet. Meine bisherige Erfahrung — auch gerade aus den acht Jahren als Europastaatsminister — zeigt mir aber, dass eine zu große Zurückhaltung bei diesen Wertefragen nicht dazu führt, dass sich diejenigen, die ganz systematisch an die Rechtsstaatlichkeit anlegen, davon überzeugen lassen. Vielleicht war das jetzt auch ein heilsamer Schock, dass die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen kürzlich eine sehr offene Aussprache dazu herbeigeführt haben. Wir, die Europaministerinnen und Europaminister in unserer Ratsformation, haben uns darüber im Übrigen schon seit Jahren immer wieder sehr offen, auch hart ausgetauscht. Diese Diskussionen gibt es im Übrigen auch in der Kommission und natürlich vor allem auch im Europäischen Parlament.

[Siebert] Die Konferenz zur Zukunft Europas begann unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft. Jetzt, am 1. Juli, übernimmt Slowenien — sie nannten das Land eben schon — die nächste EU-Ratspräsidentschaft. Ein Land, das ebenfalls eine rechtspopulistische Regierung hat, deren Premierminister politisch ein ähnlicher Typ ist wie Ungarns Viktor Orbán. Ist das vielleicht auch eine Chance, um wieder zu einer gemeinsamen Basis zu finden?

[Roth] Wir haben ja mit den Sloweninnen und Slowenen und mit unseren portugiesischen Freundinnen und Freunden die sogenannte Trio-Präsidentschaft gebildet und wir haben auch ein gemeinsames Programm entwickelt — ohne große Konflikte. Und diesem Programm sind Portugal, Deutschland und Slowenien verpflichtet und wir werden jeweils im Rahmen unserer

Zuständigkeiten unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Programm auch umgesetzt wird. Und da habe ich jetzt erst einmal keine Zweifel. Außerdem darf man eine Präsidentschaft nicht umdeuten. Eine Präsidentschaft dient nicht der Durchsetzung der nationalen Interessen des jeweiligen Landes, das die Präsidentschaft innehat. Sondern als Präsidentschaft ist man eher Brückenbauerin. Man moderiert, man leitet die Sitzungen, man macht auch Vorschläge, um Kompromisse zu ermöglichen. Man ist also auch Promotor des Ganzen. Also, man zieht sich nicht nur auf so eine Moderationsrolle zurück. Aber das sind so die wesentlichen Schwerpunkte einer Präsidentschaft. Da ich das selber sechs Monate machen durfte, kann ich jetzt wirklich aus Erfahrung sprechen. Und natürlich haben Sie völlig Recht: Das zwingt einen auch immer erst mal dazu, sich in die Rolle und in die Lage und in das Denken und das Handeln der jeweiligen Partnerinnen und Partner hineinzusetzen.

[Siebert] Die Fragen einer freiheitlichen, liberalen, rechtsstaatlichen, europäischen Ordnung — ist das in der Konferenz zur Zukunft Europas eigentlich ein wichtiges Thema? Auch für die Teilnehmer? Kriegen Sie da schon Rückmeldungen? Gibt es da schon Rückmeldungen?

[Roth] Also, es ist für uns ein wichtiges Thema, es ist für das Europäische Parlament ein wichtiges Thema, es ist sicherlich auch für die Kommission ein wichtiges Thema. Und wenn ich mit vielen Bürgerinnen und Bürgern spreche, fragen die mich auch: „Was ist denn da eigentlich los? Stimmt denn, dass da die Unabhängigkeit der Justiz angezweifelt wird? Warum gibt es so viele Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof? Das kann doch alles nicht sein. Warum gibt es darüber Streit?“ Also, ich habe den Eindruck, dass ganz, ganz viele Bürgerinnen und Bürger dieses Thema ganz oben [...] auf die Tagesordnung der Dialogangebote [setzen werden], auf die Tagesordnung der Konferenz und da gehört es auch hin.

[Siebert] Sie sagten ja schon, wie schwierig es ist, in Europa zu einer gemeinsamen außenpolitischen Position zu kommen. Europa — so heißt es ja jetzt immer — steht vor der Herausforderung, seine Stellung und seinen Wohlstand in der Konkurrenz zu den USA und China zu behaupten. Das steht in ständiger Auseinandersetzung mit Russland. Findet die EU noch eine gemeinsame Stimme in diesen Fragen?

[Siebert] Sie findet diese Stimme ja immer wieder, aber es dauert bisweilen und es gibt eine Gefahr: Unsere Mitbewerber im Wettstreit auf der internationalen Bühne [...] wissen natürlich genau, wie sie es machen müssen, [nämlich] indem sie uns spalten. In der Außen- [und] Sicherheitspolitik brauchen wir Einstimmigkeit. Das heißt, wir kommen nicht voran, wenn irgendjemand blockiert oder Nein sagt. Ja, und dieses sehr einfache Mittel machen sich natürlich diejenigen zu Nutze, die dann mit Geld oder auch mit Versprechungen, mit Investitionen locken. Ich halte das für brandgefährlich, weil [wir] am Ende [...] alle darunter zu leiden haben, im Übrigen auch die etwas größeren Staaten wie Deutschland oder auch wie Frankreich. Also, wir müssen uns da schon zusammenraufen. Aber wir brauchen perspektivisch dringend Reformen. Wir müssen zu einer größeren Handlungsfähigkeit der Europäischen Union kommen. Aber da müssen wir auch den kleinen Staaten ein bisschen die Angst nehmen, die oftmals Sorge davor haben, dass, wenn nur noch mit Mehrheit abgestimmt wird, am Ende nur die Großen entscheiden. Das ist natürlich Blödsinn, aber man muss solche Ängste auch ernst nehmen. [...] Dieses wunderbare europäische Modell [ist] ja faktisch einzigartig [...], weil es nicht nur für Sicherheit, Freiheit, Frieden und Ordnung steht oder für Wohlstand für ganz viele, sondern eben auch für Demokratie, individuelle Menschenrechte ... Für das, was das Leben so lebenswert macht — dieses Modell, das fasziniert ja auch ganz, ganz viele Menschen außerhalb Europas. Und wir müssen es auch selber wieder ein bisschen selbstbewusster vertreten. Und wir müssen auch deutlich machen, dass Europa

überhaupt gar keinen Anlass hat, in Sack und Asche zu gehen. Wir haben überhaupt keinen Anlass, nicht selbstbewusst zu sein. Aber wir müssen kämpfen. Wir müssen kämpfen in einer Welt, die vom Nationalismus und vom Populismus — wie ich das eingangs schon mal gesagt habe — zunehmend bedroht ist. Und deswegen brauchen wir vor allem auch Europäerinnen und Europäer, die diese teilweise vereinfachten Thesen von Nationalisten und Populisten — auch falsche Thesen — nicht einfach diskussionslos im Raum stehen [lassen]. Und vielleicht haben wir [...] bei der Zukunftskonferenz eine Möglichkeit, auch gerade diese Themen auf den Tisch zu bringen. Nach dem Motto: „Das ganze Geld fließt ja nur nach Brüssel und fließt in dunkle Kanäle. Bei uns kommt gar nichts an. Warum müssen eigentlich wir die Faulheit und die Unproduktivität von anderen finanzieren? Warum haben wir nicht genügend Geld für die eigenen Schulen und für die eigenen Kitas und für unseren eigenen Kinder? Warum geben wir eigentlich so viel Geld in die Entwicklungszusammenarbeit? Warum lassen wir jeden in unsere Länder hinein?“ Das sind ja solche ganz einfachen Thesen, die von Menschen [...], von Parteien und Bewegungen aufgestellt werden, die die Ängste der Menschen vergrößern wollen. Und es muss unsere Aufgabe sein, mit Fakten und mit nachvollziehbaren, auch emotionalen Argumenten, Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass Europa nicht Teil des Problems, sondern dass Europa eher Teil der Lösung ist und dass Europa nach wie vor unsere Lebensversicherung in Krisenzeiten ist.

[Siebert] Herzlichen Dank. Das war Michael Roth. Vielen Dank für das Gespräch.

[Roth] Ich danke Ihnen.

[Siebert] Demnächst geht's hier weiter mit weiteren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und drum herum und ich hoffe – Sie als Zuhölerin oder Zuhörer – sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung“.
Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.